

Für den Bau eines Sudetendeutschen Museums in München wurden 20 Millionen aus dem bayerischen Sozialetat bereitgestellt – Plan vom Landtag abgenickt

Für das in München geplante Sudetendeutsche Museum wird der Freistaat Bayern auf einem Grundstück neben dem Sudetendeutschen Haus (Hochstr. 8, in unmittelbarer Nähe zum Gasteig) als „staatliche Hochbaumaßnahme“ einen Neubau errichten. Das bislang der Sudetendeutschen Stiftung gehörende Grundstück wird unentgeltlich dem Freistaat Bayern übereignet. Dieser wird Eigentümer des darauf zu errichtenden Gebäudes sein und es per Nutzungsüberlassungsvertrag der Sudetendeutschen Stiftung für ein nichtstaatliches Museum zur Verfügung stellen. Die Staatsregierung beabsichtigt, den Betrieb des Museums gemäß ihrem Kulturkonzept finanziell zu unterstützen. Für den Neubau muss das frühere Konzept von Prof. Dr. Marita Krauss (Universität Augsburg), das für den bestehenden Bau des Sudetendeutschen Hauses entwickelt wurde, „weiterentwickelt und angepasst“ werden. Die neue Museumskonzeption soll von der Sudetendeutschen Stiftung als Trägerin in enger Abstimmung mit der Staatsregierung als Bauherr und mit dem Wissenschaftlichen Beirat sowie der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern entwickelt werden. Zur Finanzierung des Vorhabens hat der Freistaat Bayern im Doppelhaushalt 2013/14 insgesamt 20 Millionen Euro, die Bundesregierung im Haushalt 2013 insgesamt zehn Mio. Euro bereitgestellt. Die Zeitpunkte für Baubeginn und Eröffnung sind ungewiss.¹

All dies teilte das bayerische Sozialministerium (zuständig für die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen) am 28.6.2013 den Freien Wählern im bayerischen Landtag auf deren Schriftliche Anfrage mit (Drucksache 16/17539 vom 31.7.2013).

Seit der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber am 4. Juni 2006 in seiner Rede zum Sudetendeutschen Tag seinen Entschluss verkündet hatte, in München ein zentrales Sudetendeutsches Museum errichten zu lassen, war es immerhin das zweite Mal, dass die Landesregierung es für angebracht hielt, dem Parlament einige konkrete Informationen über das Vorhaben zukommen zu lassen. Ein gutes Jahr vorher, am 22.3.2012, hatte sie auf Anfrage der vertriebenenpolitischen Sprecherin der CSU, Christa Matschl, erstmals über den erweiterten

Umfang des Projekts (Neubau statt Museum im vorhandenen Sudetendeutschen Haus), seine inhaltlichen Schwerpunkte und die Zusammensetzung des Wissenschaftlichen Beirats informiert:

- „... Das Museum soll als Neubau angrenzend an das Sudetendeutsche Haus in München errichtet werden. Als mehrgeschossiger Bau wird es aufragend über dem Isarufer ein markantes und bereicherndes Element in der Stadtsilhouette Münchens sein...“
- „Das Museum soll in den verschiedenen Geschossen auf gut 1.000 m² reiner Ausstellungsfläche die Möglichkeit bieten, Geschichte, Kultur und Leistungen der Sudetendeutschen zeitgemäß und historisch ausgewogen zu präsentieren und lebendig im Bewusstsein der Bevölkerung zu bewahren. Die Darstellung wird sowohl den chronologischen Aspekt berücksichtigen wie auch themenorientiert die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen den Menschen und den Regionen beleuchten. Es geht um ein Museum, das die unterschiedlichen Phasen des Zusammenlebens zwischen den Deutschen in Böhmen/Mähren/Sudetenschlesien und den Tschechen bewusst macht, das Verständnis für einander vertieft und das künftige Miteinander in einem gemeinsamen und geeinten Europa gestalten hilft. Das Museumsgebäude wird daher auch Raum dafür bieten, dass es sich als Begegnungs- und Kulturzentrum entwickeln kann, das für alle Kreise der Gesellschaft, insbesondere auch für die Schülerinnen und Schüler, offen und interessant ist und zum bayerisch/sudetendeutschen-tschechischen Dialog Wesentliches beiträgt.“
- „Als Vorsitzender des Beirates konnte der Präsident des ICOM (International Council of Museums) und stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Historischen Museums in Berlin gewonnen werden. Stellvertretender Vorsitzender im Beirat ist der Leiter der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern. Auch das Haus der Bayerischen Geschichte ist ▶

¹ Als erwünschter Eröffnungstermin wurde ursprünglich das Jahr 2012 angegeben. Jetzt wird die Eröffnung für 2018 avisiert.

Inhalt:	Für den Bau eines Sudetendeutschen Museums in München wurden 20 Millionen aus dem bayerischen Sozialetat bereit gestellt – Plan vom Landtag abgenickt	1
	Das Konzept von Marita Krauss	2
	Das Sudetendeutsche Museum – ein Leuchtturmprojekt der Schirmherrschaft	4
	Der wissenschaftliche Beirat des Sudetendeutschen Museums	6
	Die Sudetendeutsche Stiftung	8

Mitglied im Beirat. Von tschechischer Seite sind die Direktorin des Collegium Bohemicum in Aussig, der Stv. Direktor des Jüdischen Museums in Prag, ein Vertreter der Karls-Universität in Prag und der Kreisarchivar von Eger/Cheb Mitglieder im Beirat. So spiegelt sich auch in diesem Gremium die angestrebte grenzüberschreitende Dimension des Museums als Begegnungszentrum und als Kooperationspartner tschechischer Einrichtungen. Mit dem Collegium Bohemicum in Aussig besteht zwischenzeitlich eine enge Zusammenarbeit, die sich fruchtbar auf die Museumskonzeption in München wie in Aussig auswirkt...“²

Ohne konkrete Informationen hatte die Landtagsmehrheit bereits dem Etat des Sozialministeriums für 2011/2012 zugestimmt, in dem eine halbe Million Euro für die Förderung des Sudetendeutschen Museums (300.000 Euro für Planungsarbeiten und 200.000 Euro für den Ankauf von Ausstellungsgegenständen und die Zusammenarbeit mit dem Collegium Bohemicum in Ustí nad Labem (Aussig an der Elbe)) zur Verfügung gestellt wurde.

Im Entwurf des Haushaltsplans für 2013/2014 (Einzelplan 10, Sozialministerium) hieß es dann:

„Zu 10 06/686 05 und 893 02

Der Freistaat Bayern unterstützt in den Jahren 2013 bis 2015 mit 20 Mio. € die Errichtung des Sudetendeutschen Museums in München. Das Projekt ist Teil des Bayerischen Kulturkonzepts. Des Weiteren sind

Mittel zur Fortsetzung der Planungsarbeiten und zur Förderung des laufenden Betriebs vorgesehen.“

Bei der Haushaltsdebatte des Landtags am 12.12.2012 wurde dieser Punkt nur von den Abgeordneten Heinrich Rudrof (CSU) und Christa Naaß (SPD) in ihren Diskussionsbeiträgen kurz erwähnt, von beiden zustimmend. Kritische Anmerkungen oder Nachfragen gab es nicht, nicht einmal zu den zu erwartenden Folgekosten. Heinrich Rudrof (CSU):

„Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, hat sich der Freistaat in den vergangenen Jahrzehnten wie wohl kein anderes Land für die Vertriebenen und besonders für die Sudetendeutschen eingesetzt. Unser Ziel ist es, die Erinnerung an die Sudetendeutschen und ihre alte Heimat zu pflegen. Ministerpräsident Horst Seehofer hat deshalb zugesichert, dass der Freistaat die Errichtung eines Sudetendeutschen Museums mit 20 Millionen Euro fördert. Wir unterstützen dies. Im Einzelplan 10 sind zur Förderung dieses Museums für das Jahr 2013 Mittel in Höhe von 5,75 Millionen und für das Jahr 2014 von 7,35 Millionen Euro veranschlagt.“

Christa Naaß (SPD):

„Dass in Sachen Sudetendeutsches Museum endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden, begrüßen wir, ebenfalls die Unterstützung des Hauses der Heimat in Nürnberg. Es war ja auch wichtig, dass wir mit dem

2 In Ustí nad Labem (Aussig an der Elbe) entsteht ein Museum zur Geschichte der Deutschen in Böhmen.

Das Konzept von Marita Krauss

Im Juni 2007 erteilte der Stiftungsrat der Sudetendeutschen Stiftung der Historikerin Prof. Dr. Marita Krauss, Inhaberin des Lehrstuhls für Bayerische und Schwäbische Landesgeschichte an der Universität Augsburg, den Auftrag, eine inhaltliche Konzeption für ein „Sudetendeutsches Museum im Sudetendeutschen Haus“ zu erarbeiten. Im März 2008 nahm der Stiftungsrat bei einer außerordentlichen Sitzung das von Krauss vorgelegte Konzept an und beauftragte den Stiftungsvorstand, auf dieser Grundlage nunmehr „die museums- und baufachlichen sowie die finanziellen Rahmenbedingungen für eine Umsetzung der Konzeption mit dem Freistaat Bayern und dem Bund abzuklären“.

Mit einer Broschüre, die eine „Kurzfassung der Konzeption“ für das Sudetendeutsche Museum enthielt, und einem Flyer wurde der interessierten Öffentlichkeit Pfingsten 2008 das Projekt vorgestellt. Als Leitidee für die inhaltliche Gestaltung wurde darin der Begriff „Zusammenleben“ hervorgehoben; repräsentative Museumsobjekte sollten „den böhmisch-mährischen-sudetenschlesischen Raum sichtbar“ machen. „Das Museum soll die vielfältige und wechselvolle Geschichte der Deutschen in den Böhmisches Ländern von den Anfängen an erzählen und als Lehrstück europäischer Geschichte fruchtbar machen.“ Zur Diskussion stehen sollten „die Phasen und Formen der deutsch-tschechisch-jüdischen Kultursymbiose“ ebenso wie „die Störungen und letztlich der große Bruch durch Vertreibung, die Wege in der neuen Heimat in der Nachkriegszeit und die Neuanfänge nach 1990“. Als zentrale Themen wurden genannt: „Heimat“, „Grenzen“, „Loyalitäten“, „Migrationen“, „Bruch – die Grenzen des Zusammenlebens und die Vertreibung“ und „Austausch“.

Das Museum, so hieß es in der Kurzfassung der Konzeption, „nützt überdies die letzte historische Chance, in einer großen Datenbank die Schicksale sudetendeutscher Vertriebenen, ihrer Familien und

Vorfahren in Fotos, Briefen, Interviews zu dokumentieren und mit modernster Technik sinnlich zu präsentieren. Geschichte soll mit Geschichten erzählt werden, um nationale Verhärtungen zu überwinden“.

Wie hat man sich das vorzustellen? Bei wem sollen welche Verhärtungen überwunden werden – und durch welche Geschichten? Geht es darum, bei Tschechen, die ihr „Unrecht“ nicht einsehen wollen, Emotionen zu wecken und die Bereitschaft zu erzeugen, die sudetendeutschen Wahrheiten zu übernehmen? Dann wird man wahrscheinlich möglichst viele möglichst drastische Geschichten von tschechischen Grausamkeiten sammeln, wie man sie schon in der Dokumentation aus den 1950er Jahren findet. Oder geht es um eine kritische Reflexion der eigenen Rolle? Dann müsste man diejenigen befragen, die ihre Geschichte kritisch reflektieren und ihre Gedanken dazu formulieren können. Allerdings hat sich die Landsmannschaft noch nie für solche Sudetendeutschen interessiert, und man wird sie auch nur selten unter dem Dach der Landsmannschaft finden. Sie zu suchen und ihnen zuzuhören, könnte echte Multiperspektivität schaffen. Die würde aus mehr bestehen, als dass „die verschiedensten Blickwinkel von Sudetendeutschen, Tschechen sowie Juden unter einem Dach versammelt [werden] und dem Besucher die Wahrnehmung der jeweils anderen Sichtweise erlaubt“ wird, wie es in einem Bericht über das Seminar „Erinnerungskultur und Lebensläufe“ heißt, das im Februar 2009 im Kontext des Zeitzeugenprojekts unter Leitung von Prof. Krauss in Kloster Irsee stattfand.

Immerhin sollte nach den Vorstellungen von Prof. Krauss Multiperspektivität „ein tragendes Element der Darstellung“ werden und „durch alle Themenbereiche und an allen Stellen offenes Lernen und gedankliches Zusammenführen verschiedener multiperspektivisch angebotener Positionen ermöglicht“ werden. Das

Sudetendeutschen Museum vorankommen; es hat schließlich lange genug gedauert.“

Das war's dann schon. CSU- und FDP-Fraktion stimmten am Ende für den Haushaltsplan. Die SPD-Fraktion lehnte ihn ab, ebenso die Abgeordneten von Freien Wählern und Grünen. Allerdings nicht wegen der Millionen für das Museum. Im Gegenteil: Für die SPD kritisierte Christa Naaß unter anderem, dass von der CSU-Staatsregierung für die Vertriebenenverbände zu wenig Mittel bereitgestellt würden:

„Das Thema Heimatvertriebene ist für mich als vertriebenenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion ein großes Anliegen. Die Arbeit der Verbände und der kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen entsprechend zu unterstützen, ist wichtig. Schritt für Schritt wurden Mittel für diese Aufgaben von Ihnen gekürzt, und zwar von Jahr zu Jahr. Nur noch zwei Drittel der Mittel des Jahres 2003 stehen jetzt zur Verfügung. Sie haben gekürzt, und wir wollen wieder aufstocken, und zwar wenigstens in dem Maße, dass die Haushaltsansätze aus dem Jahr 2011 wiederhergestellt werden. Wir stocken die Mittel für die Arbeit der Deutschen Jugend in Europa, des Sudetendeutschen Rates, des Bukowina-Instituts oder des Kulturzentrums Ostpreußen um 219.000 Euro auf, um nur einige Einrichtungen zu nennen. Die Einrichtungen sollen im bisherigen Umfang arbeiten können. Ich freue mich auch, dass CSU und FDP wieder einmal unserem Antrag gefolgt sind. Zuerst lehnen Sie unsere Anträge ab, und dann schießen Sie doch noch etwas hinzu – geringfügig und nicht in dem Umfang, wie wir das wollen, und leider Gottes wieder

betreffe „die Perspektiven von Sudetendeutschen, Tschechen oder Juden, von politisch Engagierten oder Uninteressierten, von Entscheidungsträgern und einfachen Leuten. Zu denken ist dabei an zentrale Themen wie das Münchner Abkommen oder die Beneš-Dekrete, ebenso wie an Themen des gelebten Alltags“. Für die Landsmannschaft wäre es schon eine Revolution, wenn sie es ertragen könnte, dass (gerade zu den genannten Themen) ihre Wahrheit nicht immer die einzige (bzw. die einzig akzeptable) Wahrheit ist.

In dem Flyer von 2008, in dem das Konzept von Prof. Krauss vorgestellt wurde, wird das „tragende Element“ Multiperspektivität mit keinem Wort erwähnt. Dagegen enthält der Flyer einen Spendenaufruf, in dem es nur heißt: „Gut 800 Jahre siedelten Deutsche in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien. Sie haben ihr Siedlungsgebiet kolonisiert und zu großer wirtschaftlicher und kultureller Blüte geführt. Das Wissen darüber muss der Nachwelt erhalten bleiben. In einem zentralen Sudetendeutschen Museum in München soll das bedeutsame Erbe bewahrt werden.“ Das klingt eher nach ungebrochenen Visionen vom „deutschen Osten“, in dem Tschechen und Andere gar nicht vorkommen.

Marita Krauss' Konzeption für ein Museum im Sudetendeutschen Haus sollte nach der grundlegenden Veränderung der Rahmenbedingungen „weiterentwickelt und angepasst“ werden. Ein solches weiterentwickeltes und angepasstes Konzept wurde bislang nicht vorgestellt.

Auf der Internetseite www.sudetendeutsches-museum.de wird seit Jahren angekündigt: „Hier entsteht etwas Neues – Wir überarbeiten unseren Internetauftritt“. Das Neue lässt auf sich warten. Unter dem Banner „Zusammenleben“ stagnieren in drei Blumentöpfen drei Bohnenkeimlinge vor sich hin.

nur für das Jahr 2013. Für das Jahr 2014 findet man von Ihrer Seite wieder nichts mehr im Haushalt – also erneut ein Beweis dafür, dass Sie dann nicht mehr an der Regierung sein werden.“ Das Landtagsprotokoll vermerkt hier „Beifall bei der SPD und den GRÜNEN“.

Mindestens seit 2006 haben Christa Naaß³ und andere SPD-Abgeordnete regelmäßig jedes Jahr Änderungsanträge zum Einzelplan 10 (Sozialministerium) des Haushaltsplans sowie zu den jeweiligen Nachtragshaushalten eingebracht, in denen sie die Erhöhung der Mittel für Aktivitäten „im Sinne des §96 BVFG“ (Bundesvertriebenengesetz) forderten. Ebenso regelmäßig wurden diese Anträge abgelehnt oder für erledigt erklärt, weil die CSU selbst schon die Ansätze erhöht hatte (vgl. Drucksachen 15/6654, 16/685, 16/7303, 16/7305, 16/11468, 16/11471, 16/14039).

Rückblende: Wie es begann

Als Bühne für die Bekanntgabe seiner Pläne bezüglich des Sudetendeutschen Museums wählte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber die Hauptkundgebung des Sudetendeutschen Tages (SdT) am 4. Juni 2006. Das Motto dieses SdT lautete: „Vertreibung ist Völkermord – dem Recht auf die Heimat gehört die Zukunft.“⁴ Es war der zugespitzte Ausdruck jener aggressiven antitschechischen Politik, die sich in den vorangegangenen Jahren in immer neuen schrillen Kampagnen mit der Forderung nach Verurteilung und Aufhebung der sog. Beneš-Dekrete geäußert hatte. Stoiber sagte:

„In Bayern haben die Sudetendeutschen ihr Haus in München als geistig-kulturelles Zentrum. Sie haben eine potente Stiftung. Sie haben ein zuverlässiges Schirmland. Haus, Stiftung und Schirmland sind eine gute Basis für die zukünftige Arbeit der Volksgruppe. Noch mehr als bisher muss in Zukunft diese Arbeit nach außen wirken, in die deutsche und in die tschechische Öffentlichkeit hinein. Ich bin zuversichtlich, dass die deutsche Öffentlichkeit mehr und mehr erkennt, dass die Geschichte der Deutschen im Osten und die Geschichte der Vertreibung ein integraler Bestandteil unserer gesamtdeutschen Geschichte ist. Deshalb ist das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin wichtig. Deshalb wäre es auch gut, wenn unsere Medien die früheren deutschen Ortsnamen historisch korrekt bezeichnen würden.

Außenwirkung entfaltet in besonderer Weise auch ein Museum. Andere große Vertriebenengruppen haben inzwischen ein eigenes Landesmuseum, wie zum Beispiel die Schlesier in Görlitz oder die Pommern in Greifswald. Ich denke, es ist an der Zeit, dieses Projekt auch für die Sudetendeutschen anzupacken. ...

Ein sudetendeutsches Museum ist ein bedeutendes historisches und geistiges Zukunftsprojekt. Auch große Werke beginnen mit einem ersten Schritt. Und den wollen wir jetzt tun. Es ist ein Zeichen der bayrisch-sudetendeutschen Solidarität. Auf diese Solidarität können Sie sich verlassen.“

3 Bei den Landtagswahlen im Herbst 2013 kandidierte Christa Naaß nicht mehr. Am 1. Februar 2014 wurde sie vom Sudetendeutschen Rat einstimmig zu dessen Generalsekretärin gewählt.

4 Schon dieser zeitliche Zusammenhang zwischen dem Beschluss zur Verwirklichung des Museums und dem bei weitem aggressivsten Motto eines Sudetendeutschen Tages seit Jahren zeigt, dass das Museumsprojekt nicht aus dem Wunsch nach Entspannung der deutsch-tschechischen Beziehungen entstand.

- Ein zentrales Museum in München zusätzlich zu den vielen kleineren Museen und Heimatstuben, die es in zahlreichen Städten und Ortschaften gibt, hatte seit Jahrzehnten auf der Wunschliste der Sudetendeutschen Landsmannschaft gestanden. Es war viel darüber geredet, aber immer auf die lange Bank geschoben worden. Stoibers Ankündigung, jetzt solle das Museum tatsächlich gebaut werden, folgte im Abstand von wenigen Monaten auf den Berliner Koalitionsvertrag vom November 2005, in dem CDU/CSU und SPD vereinbart hatten, in Berlin ein staatliches Vertreibungsmuseum zu errichten und damit ein „sichtbares Zeichen“ zu setzen, um „an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten“. Die große Koalition hatte damit ein Projekt der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach (CDU), aufgegriffen, es aber gleichzeitig aus der alleinigen Regie des BdV und seiner „Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen“ genommen. Noch war unklar, ob und inwieweit es dem BdV gelingen würde, ihm dennoch seinen Stempel aufzudrücken. Es entbrannte ein heftiger Streit um die Besetzung des Stiftungsrates, insbesondere um die Berufung von Erika Steinbach, ein Streit, der im Endeffekt negativ für Steinbach ausging. In Kreisen der Vertriebenenfunktionäre ging nun die Sorge um, bei der Darstellung der Ursachen der „Vertreibung“ könnte dem Zweiten Weltkrieg und den Nazi-Verbrechen zuviel und angeblich schon seit dem 19. Jahrhundert gegen die deutschen Bevölkerungsteile gerichteten Vertreibungsplänen tschechischer und polnischer Nationalisten zu wenig Bedeutung beigemessen werden. Das Sudetendeutsche Museum in München wurde von Anfang an als staatlich finanziertes, aber von einer „sudetendeutschen“ Einrichtung betriebenes Projekt geplant. Darstellungen, die nicht der Sichtweise der Landsmannschaft entsprechen, waren daher nicht zu befürchten, vielmehr konnte das Museum notfalls als Korrektiv gegenüber dem „sichtbaren Zeichen“ dienen. Eine breite gesellschaftliche Debatte, wie sie, zumindest ansatzweise, über das Berliner Vertreibungszentrum stattgefunden hatte, war nicht erwünscht und in Bayern auch nicht zu befürchten.

Der Landtag soll das Geld bewilligen – sonst nichts

Der bayerische Landtag war an dem Beschluss, ein Sudetendeutsches Museum zu errichten, nicht beteiligt. Auch auf Nachfrage erfuhren die Abgeordneten nichts. Christa Naaß stellte am 28.7.2006 in einer Schriftlichen Anfrage sehr grundlegende Fragen, über die das Parlament offensichtlich noch keine Auskunft erhalten hatte:

„Ministerpräsident Stoiber hat zu Pfingsten auf dem Sudetendeutschen Tag in Nürnberg die Gründung eines Sudetendeutschen Museums bekannt gegeben. (...)

1. Wer soll dieses Museum aufbauen?
2. Wie ist die Gründungsfinanzierung und wie die Finanzierung des laufenden Betriebs gedacht?“

Die Antwort der Sozialministerin machte deutlich, dass die Konzeption der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihren Organen überlassen bleiben und das Parlament nichts angehen sollte. Letzteres durfte sich – zu gegebener Zeit – allein für die Finanzierung zuständig fühlen:

„Zu 1.: Die Frage nach der künftigen Trägerschaft eines Sudetendeutschen Museums stellt sich derzeit noch nicht. Vorher bedarf es von sudetendeutscher Seite eines angemessenen Museumskonzepts.“

„Die SL [Sudetendeutsche Landsmannschaft] ist berufen, das geistige Erbe der Heimat wachzuerhalten und weiterzugeben. Sie will dies nicht nur innerhalb der Volksgruppe tun, sondern ist bestrebt, das Problem der Wiedergewinnung der Heimat zu einem gesamtdeutschen Problem zu machen. Wenn wir zum Ziel kommen wollen, dann muss die Forderung der Wiederbesiedelung deutschen Heimatbodens für alle Deutschen zur Selbstverständlichkeit werden.“*

Nach diesen Worten des damaligen SL-Sprechers Rudolf Ritter Lodgman von Auen verkündete der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (CSU) beim Sudetendeutschen Tag 1954 die Übernahme der Schirmherrschaft über „die Sudetendeutschen“:

„Eingedenk der geschichtlichen Verbundenheit, eingedenk auch der Tatsache, daß mehr als die Hälfte der Heimatvertriebenen in Bayern Sudetendeutsche sind, habe ich mich bereit erklärt [...] namens der Bayerischen Staatsregierung die Schirmherrschaft über die große Gemeinschaft der sudetendeutschen Volksgruppe zu übernehmen. [...] Das bayerische Volk weiß sich mit Ihnen einig in dem heißen Wunsch um Erhaltung des Friedens und um Lösung aller weltpolitischen Probleme, auch das Ihrer Rückkehr in die angestammte Heimat.“*

Die Sorge sudetendeutscher und bayerischer Volkstumspolitiker galt schon damals – Jahrzehnte vor dem Aussterben der Erlebnisgeneration – dem Erhalt der „sudetendeutschen Volksgruppe“. Ohne existente Volksgruppe kein Anspruch auf die Wiedergewinnung „deutscher Heimatbodens“. Um die „Volksgruppe“ zusammenzuhalten, wurde die Landsmannschaft (ein privater Verein) als Exilstaat strukturiert. Neben den Ortsgruppen der Landsmannschaft wurden die Mitglieder in „Heimatkreisen“ organisiert. Die Bundesversammlung wurde (und wird bis heute) als „Exilparlament“ bezeichnet, der SL-Bundesvorstand schon mal (wie z. B. in der Sudetendeutschen Zeitung vom 1.4.2011) als „Regierungsbank“ vorgestellt. Der Sprecher

Zu 2.: Wenn ein Museumskonzept vorliegt und die Kosten sowohl für die Errichtung als auch für den laufenden Betrieb absehbar sind, wird über Finanzierungsfragen zu entscheiden sein.“ (Bayerischer Landtag, Drucksache 15/6315 vom 25.10.2006)

Aber auch bezüglich der Finanzierung gingen Ministerpräsident und Sozialministerin deutlich davon aus, dass sie die Beschlüsse fassten und der Landtag sie nur abzuwickeln habe. So hieß es beim Sudetendeutschen Tag 2007, Stewens (und nicht der Landtag) habe für 2007/2008 zusätzlich zu den regulären Zuwendungen an die Vertriebenenorganisationen 300.000 Euro für die Erarbeitung eines Grundkonzeptes für das Sudetendeutsche Museum bereit gestellt.

Mit der Erarbeitung einer solchen Konzeption wurde im Juni 2007 die Historikerin Prof. Marita Krauss (Universität Augsburg) von der Sudetendeutschen Stiftung beauftragt. Ihr Konzept wurde am 14.3.2008 vom Stiftungsrat unter Vorsitz der „Schirmherrschaftsministerin“ Christa Stewens beschlossen und Pfingsten 2008 beim Sudetendeutschen Tag in Nürnberg öffentlich vorgestellt. Das Parlament wurde nicht informiert. An diesem Verhalten gegenüber dem Landtag änderte sich auch nichts, als die CSU bei der Landtagswahl im September 2008 die absolute Mehrheit verlor und CSU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag für Bayern vereinbarten:

„Wir unterstützen die beschlossene Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin und die Er-

spricht nicht wo etwa im Namen der Vereinsmitglieder, sondern im Namen der Volksgruppe, d. h. aller „Sudetendeutscher“ weltweit, ob sie mit der Landsmannschaft etwas zu tun haben wollen oder nicht. Als „Sudetendeutsche“ werden nicht nur Menschen gezählt, die in der Tschechoslowakei geboren wurden und/oder dort gelebt haben, sondern auch Ehepartner, Kinder, Enkel und weitere Nachkommen sowie deren Ehepartner, und schließlich auch jeder Sonstige, der sich mit den Zielen der Landsmannschaft einverstanden erklärt und dem Verein beiträgt. So kommt es, dass die Zahl der „Sudetendeutschen“ heute erheblich größer ist als jemals vor 1945.

Der Anspruch der Landsmannschaft, die „politische Gestaltung der Volksgruppe in der Vertreibung“ zu sein, wurde durch Ministerpräsident Hans Ehard mit der Übernahme der Schirmherrschaft 1954 zunächst mündlich anerkannt und am 7. November 1962 durch Übergabe einer Urkunde an den damaligen SL-Sprecher Hans-Christoph Seebohm (CDU)** bestätigt. In dieser Urkunde hieß es:

„Die Bayerische Staatsregierung betrachtet die sudetendeutsche Volksgruppe als einen Stamm unter den Volksstämmen Bayerns. Sie bekennt sich zum Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen, das sie jederzeit mit dem ganzen Gewicht ihres Einflusses vertreten will. Sie wird stets bestrebt sein, das Volkstum der Sudetendeutschen zu erhalten und ihre Landsmannschaft und deren Einrichtungen als Vertretung der sudetendeutschen Volksgruppe bei der Wahrung der heimatpolitischen, kulturellen und sozialen Aufgaben ideell und finanziell zu fördern.“***

Im Jahr 2004 wurde der 50. Jahrestag der Schirmherrschaft begangen und die 1954 eingegangene Verpflichtung feierlich erneuert. In diesem Jahr steht der 60. Jahrestag an. Die bayerischen Steuerzahler haben die Schirmherrschaft in all diesen Jahrzehnten mit dreistelligen Millionenbeträgen bezahlt. Von der Förderung blieben diejenigen ehemaligen Bürger der Tschechoslowakei ausgeschlossen, die es ablehnten, gemeinsame Sache mit ehe-

maligen Parteigängern der NSDAP wie Hans-Christoph Seebohm oder mit Volkstumspolitikern vom Schlage eines Lodgman von Auen zu machen.

Das aufwändigste Schirmherrschaftsprojekt in der Vergangenheit war das Sudetendeutsche Haus, das 1985 eröffnet wurde. Jetzt ist es das Sudetendeutsche Museum. Zwanzig Millionen von Bayern und 10 Millionen vom Bund sind zugesagt – für die Jahre 2014/15. Die Eröffnung ist für 2018 in Aussicht gestellt. Über die Kosten, die bis dahin noch zusätzlich entstehen werden, schweigt man sich aus.

Die seinerzeitige „Schirmherrschaftsministerin“ Christine Haderthauer am 7. November 2012:

„Der Freistaat hat stets ein Ziel bei der Ausübung der Schirmherrschaft verfolgt: die Sudetendeutschen in ihrem kulturellen Selbstbehauptungswillen zu stärken. Das ist gelungen. Das Sudetendeutsche Haus ist die Stein gewordene Manifestation der Schirmherrschaft. Die beiden sudetendeutschen Regionalmuseen, das Egerland-Museum in Marktredwitz und das Isergebirgsmuseum in Neugablonz, sind lebendiger Ausdruck des kulturellen Selbstbewusstseins der Volksgruppe. Und was mich freut: Die Planungen für ein Sudetendeutsches Landesmuseum sind weit vorangeschritten. Bayern hält Wort: Wir fördern das Vorhaben tatkräftig.“****

* Zitiert nach K. Erik Franzen, Der vierte Stamm Bayerns – Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954 –1974, S. 181/182;

** Seebohm stammte nicht aus der Tschechoslowakei, hatte sich aber während der Besatzungszeit dort heftig an der Arisierung jüdischer Betriebe beteiligt. Sein offener Revanchismus war sogar Adenauer zu viel. „Im Mai 1964 musste er auf Druck der Bundesregierung öffentlich von seinen Äußerungen zum rechtlichen Status des Sudetenlandes Abstand nehmen“ (Wikipedia).

*** K. Erik Franzen, a.a.O., S. 264;

**** Pressemitteilung des bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 7.11.2012.

richtung eines Sudetendeutschen Museums in München, weil uns die Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn ein großes Anliegen ist.“⁵

Als der Informationsfluss eher noch weiter ab- als zunahm, sah die Landtags-SPD Mitte 2010 Anlass zu der erneuten „Sorge, dass das Museum auf die lange Bank geschoben wird“, und forderte in einem Antrag „Sudetendeutsches Museum in München endlich auf den Weg bringen“:

„Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert dem Landtag zu berichten,

1. wie der aktuelle Stand der Planungen eines Sudetendeutschen Museums in München ist,
2. in welcher Form sich der Freistaat an der Umsetzung beteiligen wird und wird weiter aufgefordert,
3. im Entwurf des Doppelhaushaltes 2011/2012 entsprechende Mittel für die Umsetzung dieses Projektes vorzusehen.“ (Drucksache 16/5158)

Punkt 3 wurde weggekürzt, der gekürzte Antrag vom Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur ein-

stimmig angenommen, vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen dagegen mit den Stimmen von CSU und FDP abgelehnt. Das Landtagsplenum nahm ihn am 27.10.2010 wiederum mit großer Mehrheit an.

Diese Aufforderung, dem Landtag zu berichten, wurde von der Staatsregierung ignoriert. Ein Bericht über den Stand des Museums ist in den Landtagsprotokollen oder unter den Landtagsdrucksachen nicht zu finden.

Erst im Mai 2011 gab es Neuigkeiten, die Stewens' Nachfolgerin Christine Haderthauer allerdings nicht dem Parlament, sondern unter der Überschrift „Rückenwind für das Sudetendeutsche Museum“ der Presse mitteilte:

„Ich freue mich sehr, dass die Sudetendeutsche Stiftung Wilfried Rogasch zum Gründungsbeauftragten für das Sudetendeutsche Museum berufen hat. ... Wilfried Rogasch ist als Museumsexperte mit hohem bundesweitem Renommee seit 1989 als Museums- und Ausstellungskurator im Bundesgebiet tätig. Ich bin zuversichtlich, dass er mit seinem großen Erfahrungsschatz die Planungen für das Museum zügig voranbringen wird.“

Sein Renommee als Museums- und Ausstellungskurator ►

5 Unter dem Label „Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn“ bemüht sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft, ihr heutiges Konzept des gemeinsamen Heimatrechts in Teilen der Tschechischen Republik durchzusetzen und als quasi-staatliche Struktur der sudetendeutschen Volksgruppe mit Recht auf Einflussnahme in der „angestammten Heimat“ anerkannt zu werden.

Der wissenschaftliche Beirat des Sudetendeutschen Museums wurde im März 2012 neu berufen und in der Sudetendeutschen Zeitung (SdZ) vorgestellt. Das in der SdZ abgedruckte Gruppenfoto wurde sinnigerweise vor dem Porträt von Rudolf Ritter Lodgman von Auen (1877–1962) aufgenommen, und das Zentralorgan der Sudetendeutschen Landsmannschaft versäumte nicht zu erwähnen, dass der erste Sprecher der Landsmannschaft (SdZ: „der sudetendeutschen Volksgruppe“) einmal als „Landeshauptmann von Deutschböhmen“ in Erscheinung getreten war. Das war 1918/19, als nach der Gründung der unabhängigen Tschechoslowakei große Teile der deutschsprachigen Bevölkerung den Versuch unternahm, sich als Deutschböhmen von dem jungen Staat abzuspalten und Deutsch-Österreich bzw. dem Deutschen Reich anzuschließen.

Die Zusammensetzung des Wissenschaftlichen Beirats spiegelt das Festhalten an der traditionellen Symbiose aus alteingesessenen Vertretern staatstragender Historiografie und Verteidigern völkischer Traditionen aus dem Milieu der Vertriebenenverbände. In den Wissenschaftlichen Beirat wurden 2012 berufen:

Dr. Hans-Martin Hinz ist der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des Sudetendeutschen Museums. Er leitete bis 2012 die Abteilung „Öffentlichkeitsarbeit, wissenschaftliche Veranstaltungen und internationale Beziehungen“ des Deutschen Historischen Museums (DHM) in Berlin. 2000/2001 war er Staatssekretär beim damaligen Kultursenator des Landes Berlin, Christoph Stözl, 1999–2004 Präsident der deutschen Sektion des Internationalen Museumsrates (International Council of Museums, ICOM), 2002–2005 Präsident von ICOM-Europa, bis 2010 Mitglied des Exekutivrates und seit 2010 Präsident von ICOM. Seit Kurzem lehrt er als Honorarprofessor an der Universität Bayreuth Museologie.

„Dr. Hans-Martin Hinz war bei der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung und Gründung des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst, des Alliierten Museums und der Gedenkstätte Berliner Mauer beteiligt. Daneben beriet und berät er die Bundesregierung als Mitglied im Deutschen Kulturrat, als Beirat in der Gedenkstättenförderung des Bundes und in der deutsch-französischen Kommission für die Rückführung kriegsbedingt verlagertes Kulturgüter.“ (Presseinformation der Uni Bayreuth vom 13.1.2014)

Dr. Hans-Joachim Westholt, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn. Kurator der Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“, die 2005 in Bonn und 2006 im Deutschen Historischen Museum in Berlin gezeigt wurde. Die Ausstellung interpretierte die Maßnahmen der Alliierten zur Verhinderung einer erneuten Instrumentalisierung deutscher Minderheiten für deutsche Großmachtspolitik als eine von zahlreichen verbrecherischen „ethnischen Säuberungen“ im Laufe der Menschheitsgeschichte.

Dr. Manfred Kittel ist Direktor der dem DHM unterstellten Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und Autor der Konzeption für deren im Berliner Deutschlandhaus geplante Ausstellung. Diese Konzeption hat der aus Böhmen stammende Journalist Kurt Nelhiebel/Conrad Taler folgendermaßen charakterisiert:

Sie „relativiert die Schuld Nazideutschlands und ignoriert die Lebenserfahrungen von Millionen Europäern. Nicht die beiden Weltkriege nehmen in der Rangfolge prägender Merkmale den ersten Platz ein, sondern die – wie es heißt – ‚nationalen Homogenisierungsversuche‘. Gemeint ist damit die Entstehung neuer Nationalstaaten. Manche argumentieren folgendermaßen: Wenn Polen nach dem ersten Weltkrieg nicht als selbständiger Staat wiedererstanden wäre, und wenn die Siegermächte den Tschechen nicht erlaubt hätten, einen eigenen Staat zu gründen, dann hätten sich die dort lebenden Deutschen als Minderheit nicht unterdrückt fühlen müssen, und Hitler hätte ihr Los nicht zum Vorwand für Krieg und Gewalt nehmen können. Das heißt: Schuld an allem Elend waren eigentlich die Sieger des ersten Weltkrieges.“ (Kurt Nelhiebel, Dankesrede zur Verleihung des Kultur- und Friedens-

preises der Villa Ichon, Bremen, 15.3.2014)

Kittel ist dem Bund der Vertriebenen (BdV) seit jeher eng verbunden. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München war er 2007/2008 Betreuer einer Studie zur NS-Vergangenheit der Mitglieder des ersten BdV-Präsidiums. Die Studie löste einen Skandal aus und musste wegen ihrer verharmlosenden und beschönigenden Tendenz zurückgezogen werden. „Es ist nicht das erste Mal, dass Kittel unter Beschuss gerät“, schrieb der Spiegel dazu. „Anfang der neunziger Jahre wurde er kritisiert, weil er in seiner Doktorarbeit Hitlers Kriegsverbrechen beschönigt und versucht hatte, die umstrittene Vergangenheitsbewältigung der Adenauer-Ära zu rehabilitieren. Damals fuhr der nationalkonservative Historiker noch zweigleisig und träumte von einer politischen Karriere. Kittel war stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union in Bayern, Vizechef der CSU im Kreis Ansbach-Land und wurde 2001 als Bundestagskandidat gehandelt. Kittels Positionen waren zeitweise derart reaktionär, dass sich die Junge Union im Bund von ihm distanzierte. So sah er sich von ‚exzessivem Feminismus‘ umgeben, schimpfte auf ‚journalistische Kommissare der Political Correctness‘ und forderte ein ‚normalisiertes Nationalbewusstsein‘.“ (Der Spiegel, Nr. 8/2010)

Dr. Wilfried Rogasch war Adelforscher, bevor er zum Kurator der Ausstellungstrilogie „HeimatWEH“ der Steinbach-Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ wurde. Damit erschien er ausreichend qualifiziert für den Posten des Gründungsbeauftragten des Sudetendeutschen Museums, den er im April 2011 antrat. Etat: 300.000 Euro aus dem bayerischen Sozialhaushalt. In der Stellenausschreibung hieß es: „In der bevorstehenden konkreten Planungsphase steht – in Abstimmung mit allen an dem Projekt Beteiligten (Freistaat Bayern, Sudetendeutsche Stiftung, wissenschaftlicher Beirat des Museums u.a.) – die Weiterentwicklung der Konzeption bis zur Umsetzungsreife an. In Zusammenarbeit mit den zu beteiligenden Fachbehörden wird der/die Gründungsbeauftragte überdies die Planungen für die bauliche Realisierung des künftigen Museumsgebäudes und die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbes begleiten.“ Die Berufung war „zunächst befristet für zwei Jahre“, aber: „In Abhängigkeit von der Entwicklung des Projektes ist gegebenenfalls die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses möglich (u.U. Leiter/in des künftigen Sudetendeutschen Museums).“ Die Entwicklung des Projekts war so, dass Wilfried Rogasch schon vor Ablauf von zwei Jahren sang- und klanglos von der Bildfläche verschwand. Kein Wort darüber, was er in dieser Zeit geleistet hat. Im Mai 2013 beklagte die Sudetendeutsche Zeitung (Nr. 20/2013), es gebe „noch immer kein ausgearbeitetes Ausstellungskonzept“.

Als neue Gründungsbeauftragte ab Februar 2013 wurde **Dr. Elisabeth Fendl** vom Freiburger Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa vorgestellt. Dr. Fendl war 1990–1999, nach ihrem Studium der Volkskunde und Kunstgeschichte, Leiterin des Egerland-Museums in Marktredwitz.

Dr. Michael Henker ist als Stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats genannt. Bis 2013 war er Leiter der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern. „Von 1984 bis 2008 war der Gymnasiallehrer Mitarbeiter des Hauses der Bayerischen Geschichte in Augsburg. Er hat selbst Ausstellungen konzipiert, war dort Referatsleiter für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und auch Stellv. Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte.“ (Pressemitteilung des bayerischen Wissenschaftsministeriums vom 27.11.2013) Seit Januar 2013 ist Michael Henker Präsident des ICOM Deutschland.

Dr. Rainhard Riepertinger ist Stellvertretender Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, Augsburg. Das HdBG ist eine Behörde der bayerischen Staatskanzlei.

Franz Pany (CSU) war von 2008 bis zu seinem krankheitsbedingten Rücktritt Ende März 2014 Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft und seit Februar 2011 Vorstandsvorsitzender der Sudetendeutschen Stiftung. Pany hat Rechtswissen-

schaften und Politikwissenschaft studiert und war ab 1988 Angestellter der Sudetendeutschen Landsmannschaft, seit 1994 als deren Bundesgeschäftsführer. Seit November 2001 ist Pany Direktor und hauptberufliches Vorstandsmitglied der Kirchlichen Stiftung des öffentlichen Rechts ‚Katholische Bildungsstätten für Sozialberufe in Bayern‘, die u.a. Trägerin der Katholischen Stiftungsfachhochschule München ist. Bei den Landtagswahlen 2013 kandidierte er erfolglos auf der oberbayerischen CSU-Liste. (Wikipedia)

Dr. Raimund Paleczek (CSU) ist Mitglied des Bundesvorstands der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Er war einer der beiden Co-Autoren der verharmlosenden und beschönigenden Studie über die NS-Vergangenheit des ersten BdV-Präsidiums (siehe Abschnitt über Manfred Kittel). Weitere Qualifikationen für den Sitz im Wissenschaftlichen Beirat erwarb er sich als Vorstandsmitglied der Union der Vertriebenen, als Generalsekretär der Ackermann-Gemeinde (katholische Gessinnungsgemeinschaft in der Sudetendeutschen Landsmannschaft) 1998–2007, als Vorsitzender des Sudetendeutschen Instituts/Archivs, als Stellvertretender Vorsitzender der Akademie Mitteleuropa (vom Sudetendeutschen Institut größtenteils mit Steuergeldern betriebene private Akademie in Bad Kissingen), als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für kulturelle Heimatsammlungen etc.

Dr. Wolf-Dieter Hamperl, Betreuer des Heimatkreisvereins Tachau und des Tachauer Heimatmuseums im Stadtmuseum Weiden, Bundeskulturreferent der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Dr. Martin Posselt, Autor mehrerer Papst-Bücher, Träger des Sudetendeutschen Kulturpreises für Publizistik 2010, Bundeskulturreferent der Sudetendeutschen Landsmannschaft 1988–1994, seit 1995 Mitglied der Redaktion Kirche und Welt des Bayerischen Fernsehens, seit November 2009 Beauftragter für Akademien und Forschungsinstitute bei BR-alpha, Vorsitzender der Stiftung Isergebirgs-Museum Kaufbeuren-Neugablonz. Bruder von Bernd Posselt, dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Dr. Markus Bauer, Direktor des Schlesischen Museums in Görlitz.

Dr. Peter Becher (SPD), Literaturhistoriker und Schriftsteller, Vorsitzender des Adalbert-Stifter-Vereins, Mitglied der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste, Kuratoriumsmitglied der vom Sudetendeutschen Institut betriebenen Akademie Mitteleuropa.

Mgr. Blanka Mouralová, Direktorin des Collegium Bohemicum in Usti nad Labem (Aussig an der Elbe). Dort entsteht unter ihrer Leitung ein Museum über die Geschichte der deutschsprachigen Bewohner Böhmens und Mährens. Zuvor war sie mehrere Jahre lang Leiterin des Tschechischen Zentrums in Berlin. Ihr politikwissenschaftliches Studium absolvierte sie an der Prager Karls-Universität, gefolgt von Forschungsaufenthalten in den USA, Großbritannien, Österreich und Deutschland.

Dr. Jaromír Bohá, Kreisarchivar von Cheb (Eger).

Dr. Miroslav Kunštát, Historiker mit Fachgebiet „deutsch-tschechische Aussöhnung“, Karls-Universität Prag, Kuratoriumsmitglied der vom Sudetendeutschen Institut betriebenen Akademie Mitteleuropa.

Dr. Michal Frankl, Stellvertretender Direktor des Jüdischen Museums Prag.

Ministerialrat **Dr. Wolfgang Freytag** und Ministerialdirigent **Paul Hansel** vertreten das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung („Schirmherrschaftsministerium“).

Klaus Jürgen Sembach, geboren 1933, studierte Architektur in Stuttgart. Mehrere Jahre war er Kurator in München, 1980–1993 Leiter des Centrums Industriekultur in Nürnberg. Er gestaltete über einhundert Ausstellungen in bedeutenden Museen zwischen München, Berlin und Münster und veröffentlichte Werke über Architektur, Design, Fotografie und Film.

► erwarb sich Wilfried Rogasch vor allem als Kurator der Ausstellungstrilogie „HeimatWEH“ (bestehend aus „Erzwungene Wege“ 2006, „Die Gerufenen“ 2009 und „Angekommen“ 2011), die von der BdV-Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ erstellt wurde.

Und: „Der Freistaat stellt im Zukunftsprogramm ‚Aufbruch Bayern‘ für die Vorbereitung dieses Museums zusätzlich 200.000 Euro bereit. Für die Arbeiten des Gründungsbeauftragten sind 300.000 Euro eingeplant.“ (Pressemitteilung des bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 6.5.2011)

Vom Landtag war erst später wieder die Rede. Am 11. Juni 2011 sprach Haderthauer vom Sudetendeutschen Tag aus „den Kolleginnen und Kollegen aus dem Bayerischen Landtag ein herzliches Dankeschön“ aus, „denn der Landtag ist der Haushaltsgesetzgeber. Denn wir haben mit den 170.000 Tausend Euro für die Planung, mit den 300.000 Euro jetzt für die Arbeit des Gründungsleiters, mit 100.000 Euro allein, damit diese Zeitzeugenberichte endlich entstehen können – Zeit wird’s, kann ich da nur sagen – glaube ich, ganz wichtige Weichen gestellt, um jetzt auch richtig konkret zu werden....“ Konkret wurde die Ministerin schließlich Anfang 2012 nach der eingangs erwähnten Schriftlichen Anfrage von Christa Matschl, die ihrer Frage nach dem aktuellen Stand der Planungen den Hinweis auf die Großzügigkeit Bayerns gegenüber den Anliegen des organisierten Sudetendeutschums voranstellte:

„...Der Freistaat Bayern unterstützt die Sudetendeutsche Stiftung bei der Planung des [Sudetendeutschen] Museums und hat ihr für die Planungsarbeiten 2011/12 insgesamt 300.000 Euro in Aussicht gestellt. Zusätzlich wurden im DHH 2011/2012 insgesamt 200.000 Euro für den Ankauf von Ausstellungsgegenständen und die Zusammenarbeit mit dem Collegium Bohemicum in Aussicht bereitgestellt...“ Antwort des Sozialministeriums siehe oben.

Und der Bundestag?

Da sich an der Finanzierung des Sudetendeutschen Museums auch der Bund mit zehn Millionen Euro beteiligt, sei hier noch die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Bundestagsabgeordneten der Linken (Nicole Gohlke u.a.) zitiert. In ihrer Antwort (BT-Drucksache 17/10408 vom 30.7.2012) wies die Bundesregierung auf den Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP von 2009 hin, in dem neben der Errichtung des des Vertreibungszentrums in Berlin auch Unterstützung für ein Sudetendeutsches Museum vereinbart worden war. Eine „Bewertung des Vorhabens“ könne die Bundesregierung allerdings erst nach Vorlage eines belastbaren Planungs- und Finanzierungskonzepts vornehmen. Die Unterstützung des Bundes für das Sudetendeutsche Museum zusätzlich zur Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ begründete die Bundesregierung gegenüber den Abgeordneten mit den unterschiedlichen Aufgaben und Zielstellungen beider Einrichtungen:

Die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ solle die „Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachhalten“, während „die gemeinsam von Bund und Ländern geförderten, historisch-landeskundlichen Museen ... die Aufgabe (haben), das Kulturerbe der ►

Die Sudetendeutsche Stiftung

Als Einrichtung der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) sieht die Stiftung ihre Aufgabe hauptsächlich darin, der bayerischen Staatsregierung beim Ausgeben von Steuergeldern im Rahmen der Schirmherrschaft über die „sudetendeutsche Volksgruppe“ zu helfen.*

Die Stiftung wurde 1970 gegründet, um Bundesmittel nach dem sog. Westvermögensabwicklungsgesetz für die Landsmannschaft in Empfang nehmen zu können. Dies waren Mittel, die Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen aus ehemals deutschen Gebieten im Osten und aus den 1938 von Deutschland annektierten Grenzregionen der Tschechoslowakei in den westlichen Teilen des Deutschen Reiches angelegt hatten. 1974 verteilte die Bundesregierung 29 Millionen DM aus solchen Guthaben an verschiedene Landsmannschaften. Die Sudetendeutsche Stiftung erhielt davon allein 12 Millionen DM und teilfinanzierte davon den Bau des Sudetendeutschen Hauses. Bis 1984 flossen der Stiftung rund 23 Millionen DM zu. Weitere 5 Millionen DM wurden nach 1990 vom Freistaat Bayern zugestiftet.

Vorstandsvorsitzender der Sudetendeutschen Stiftung ist zurzeit Franz Pany (bis Ende März 2014 gleichzeitig Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft). Träger der Entscheidungen in allen wesentlichen Angelegenheiten der Stiftung ist der Stiftungsrat. Der besteht gemäß Stiftungsgesetz aus 17 Personen: dem bayerischen „Ministerpräsidenten und dem Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge, sowie fünfzehn weiteren Mitgliedern“. Von den 15 weiteren Mitgliedern werden fünf vom Landtag und weitere fünf „vom Ministerpräsidenten aus den Kreisen der vertriebenen Sudetendeutschen

im Einvernehmen mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft“ bestimmt. Vier Mitglieder kommen aus der bayerischen Staatsregierung (je 1 Vertreter/in der Staatskanzlei sowie des Kultus-, des Finanz- und des Arbeitsministeriums). Als fünfzehntes Mitglied kommt dazu noch ein/e Vertreter/in der Bundesregierung. Zurzeit gehören dem Stiftungsrat u. a. Bernd Posselt (Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft), Günter Reichert (Landesobmann der SL NRW, 1982 bis 1990 Büroleiter des Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, danach von 1992 bis 2000 Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung), Christa Stewens (CSU, ehemalige „Schirmherrschaftsministerin“) und Christa Naaß (bis Oktober 2013 vertriebenenpolitische Sprecherin der SPD im bayerischen Landtag, seit 1. Februar 2014 Geschäftsführerin des Sudetendeutschen Rates**) an. Die Sudetendeutsche Stiftung soll Betreiberin des Sudetendeutschen Museums werden.

* www.sudetendeutsche-stiftung.de: „Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar öffentliche Zwecke, insbesondere auf kulturellem Gebiet. Sie hat vor allem in Ausführung des Gesetzesauftrages des § 96 des Bundesvertriebengesetzes das sudetendeutsche Kulturgut zu pflegen, es im Bewußtsein der Vertriebenen, der gesamten deutschen Bevölkerung und des Auslands als bleibendes Zeugnis zu erhalten und die Aufgaben zu unterstützen, die der Bayerischen Staatsregierung aus der Schirmherrschaft über die sudetendeutsche Volksgruppe erwachsen.“

** Sudetendeutscher Rat: Gremium, das sich aus Vertretern der SL und der Bundestagsparteien (außer der Partei Die Linke) zusammensetzt.

- ▶ historischen deutschen Ostgebiete und Siedlungsgebiete im östlichen Europa zu bewahren, zu erforschen und zu vermitteln. Damit haben sie eine besondere Rolle innerhalb der deutschen Museumslandschaft und leisten einen Beitrag zur Sensibilisierung für diesen spezifisch definierten Teil des deutschen Kulturerbes.“ Kritik an der Bereitstellung von 10 Millionen Euro aus Bundesmitteln kam von der SPD-Parteizentrale. Am 16. November 2012 berichtete die Sudetendeutsche Zeitung: „Ungeachtet der Beteuerungen ihres bayerischen Landesverbandes hat die SPD die Entscheidung des Haushaltsausschusses scharf kritisiert: ‚Die schwarzgelbe Koalition beschließe ‚erhebliche Mittel für die umstrittene Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und ein neues, bislang überhaupt nicht diskutiertes Sudetendeutsches Museum in München. Damit offenbare sie ein rückwärtsgewandtes Kulturverständnis, was dem

Bild von einem weltoffenen und toleranten Deutschland schadet‘, heißt es in einer Stellungnahme aus dem Willy-Brandt-Haus, der Parteizentrale in Berlin.“

Zusammenfassung

Für das Sudetendeutsche Museum in München, das von der Sudetendeutschen Stiftung betrieben werden soll, werden erhebliche Steuergelder bereit gestellt, ohne dass eine politische Auseinandersetzung über die Verwendung stattfindet. Von der Staatsregierung wird der Landtag als nicht zuständig für konzeptionelle Entscheidungen behandelt; im Landtag gibt es keine Kraft, die hinsichtlich des Museums nicht grundsätzlich konform mit der CSU gehen und eine politische Auseinandersetzung mit der Rolle der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihrer Nebenorganisationen für erforderlich halten würde.

April 2014, Renate Hennecke

Die Übersetzerin und Journalistin Renate Hennecke ist Landessprecherin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Landesverband Bayern. Vorher war sie 12 Jahre verantwortliche Redakteurin der Deutsch-Tschechischen Nachrichten.

Quellen: Protokolle und Drucksachen des bayerischen Landtags; Bundestagsdrucksache 17/10408 vom 30.7.2012; Redemanskripte von den Sudetendeutschen Tagen ab 2006; Sudetendeutsche Zeitung, Jahrgänge 2006 bis 2013; Sudetendeutsche Stiftung; Kurzfassung der Konzeption für das „Sudetendeutsche Museum“ von Prof. Dr. Marita Krauss, 2008; Flyer „Sudetendeutsches Museum – Das Projekt“ der Sudetendeutschen Stiftung, 2008; K. Erik Franzen, Der vierte Stamm Bayerns – Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954–1974, Oldenbourg Verlag 2010; Pressemitteilungen des bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung; Koalitionsvertrag der CDU/CSU/SPD-Bundesregierung 2005; Koalitionsvertrag der bayerischen CSU/FDP-Regierung 2008; Erinnerungskultur und Lebensläufe, Bericht von Agnes Blasczyk über das gleichnamige Seminar des Lehrstuhls für Bayerische und Schwäbische Landesgeschichte der Universität Augsburg, abgerufen am 9.1.2014 unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2623>.